

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Ing. Mag. Volker Reifenberger
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Schluss mit politischer Schattenfinanzierung: Transparenz bei Nebenbeschäftigungen schaffen**

In seinem Bericht betreffend „Ausgewählte Leistungen der Bundesministerien im Zusammenhang mit politischen Parteien“ (Reihe BUND 2026/31)¹ hält der Rechnungshof fest,

„dass das Bildungsministerium, das Justizministerium und das Verteidigungsministerium nur einen unvollständigen bzw. keinen Überblick über die Nebenbeschäftigungen ihrer Bediensteten hatten. Er verwies dazu auf seine Feststellungen und Empfehlungen im Bericht ‚Nebentätigkeiten und Nebenbeschäftigungen‘, alle Nebenbeschäftigungen automationsunterstützt zu erfassen.“²

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Landesverteidigung, wird aufgefordert, sämtliche Nebenbeschäftigungen und die für ihre Beurteilung wesentlichen Informationen zentral und vollständig automationsunterstützt zu erfassen, um einen gesamthaften Überblick über die gemeldeten Nebenbeschäftigungen zu ermöglichen.“


(Chvorn)


(FUCHS)


(KANIAK)


(REIFENBERGER)


(BÜCK)

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Landesverteidigungsausschuss zuzuweisen.

¹ https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2026_31_Ausgewaehlte_Leistungen_Bundesministerien.pdf (aufgerufen am 05.10.2026)

² Ebd., S. 87

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-15T20:11:56+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	